

INTER-DEPENDENZEN - ÜBER WETTEREXTREME UND EXTREMES POLITIKVERSAGEN

Hurrikan 'Katrina', Feuer 'Iberia', Flut 'Bavaria' – die Häufigkeit und regionale Ausprägung von Wetterextremen wird kaum noch einen Leser und Fernsehzuschauer überraschen, nach all dem, was man schon gelesen und gesehen hat. Extreme Wetterlagen, das bedeutet Sturm und gewaltige Regenmengen in kurzer Zeit hier und lange Trockenperioden und Dürre dort. Liegt aber in der Gleichzeitigkeit extremer Ereignisse die Überraschung - und ergibt sich daraus vielleicht die Chance für einen individuellen und gesellschaftlichen Lernerfolg, für pro-aktiven Umweltschutz, für ein langfristiges und interdependentes Politikverständnis?

Wenn, wie in Louisiana, Hunderttausende von Menschen vor Sturm und Wasser auf der Flucht sind, wenn, wie auf der iberischen Halbinsel, nach Wochen vergeblichen Bemühens die europäischen Nachbarn zur Eindämmung der Feuersbrünste um Hilfe gebeten werden, wenn, wie in den Überschwemmungsgebieten der Schweiz, Österreichs und Bayerns erhebliche staatliche Mittel für die Schadensbewältigung benötigt werden, weil Häuser nicht mehr privat versicherbar sind – dann ist Einsicht gefragt, dann sollte Einkehr möglich sein. Wie aber steht es damit in Wirklichkeit?

Der Klimawandel wird Wetterextreme zeitlich beschleunigen und ihre Schadenswirkung exponentiell steigern. So stand es schon im ersten, so stand es im zweiten und ganz besonders deutlich im dritten Sachstandsbericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses über den Klimawandel (Intergovernmental Panel on Climate Change) – dem IPCC-Bericht von 2001. Vermeidung der Ursachen des Klimawandels, Minderung der Schadensursachen und Anpassung an den sich ergebenden Klimawandel - dies sind die grundsätzlichen politischen Optionen, die offen stehen.

US-Präsident George W. Bush erklärte den Bundesstaat Louisiana mit der Jazzmetropole New Orleans zum Katastrophengebiet, bevor Bürgermeister Ray Nagin dann die Zwangsevakuiierung der Stadt anordnete. Es ist noch nichts davon bekannt, dass die USA nun Einkehr halten und den internationalen Klimaschutz-Vertrag (das Kyoto-Protokoll) doch noch unterschreiben werden. Die Länder der iberischen Halbinsel, Spanien und Portugal, sind Mitglieder dieses Vertrages, doch sie haben seit Jahren die höchsten Zuwachsraten an Treibhausgasemissionen in Europa – und zugleich auch zunehmende Wasserknappheit aufgrund höchst ineffizienter Bewässerungslandwirtschaft und enorm hoher Ausweitung von Flächen für wasserintensive Golfplätze. Es ist noch nichts davon bekannt, ob in Spanien und Portugal inzwischen die Einsicht gereift ist, dass nun Energie und Wasser drastisch eingespart werden müssen. Und wie steht es nach den jüngsten Erfahrungen mit einem Wetterextrem um Einkehr und Einsicht in Deutschland?

Nach der sogenannten Jahrhundertflut des Jahres 2002 ist vom Bundestag ein vorsorgeorientiertes Hochwasserschutzgesetz erarbeitet worden, das auch - am 10. Mai diesen Jahres - in Kraft trat, aber in die Bund-Länder-Konfliktlinie geraten war und so arg verwässert wurde. Den deutschen Flüssen und Bächen stehen heute wegen Begradigung, Deich- und Talsperrenbauten, Staustufen, Verkehrswegen und der Ausweisung von Baugebieten seitens der Kommunen nur noch etwa ein Fünftel ihrer früheren natürlichen Überschwemmungsflächen zur Verfügung. Entsprechend forderte der Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland nach den jüngsten Ereignissen ein Sofortprogramm zur Renaturierung der Flüsse und Bäche, den Stopp intensiver Landwirtschaft in Überschwemmungsgebieten und Deichrückverlagerungen.

Alles noch relativ harmlose Forderungen und einfache Maßnahmen, die zudem in die Falle des eingegengten Vorsorgebegriffs des Hochwasserschutzgesetzes geraten: Die Verwaltung (und die Bevölkerung) soll besser auf das nächste Hochwasser vorbereitet sein, die Sachschäden sollen begrenzt werden. Doch jeder Deich ist zu niedrig, jedes Rückhaltebecken zu klein, wenn nicht auch die Ursachen der Wetterextreme angegangen werden, die Treibhausgasemissionen, die mit unserer Industriestruktur und unserem Lebensstil, dem gesellschaftlichen Metabolismus, zusammen hängen.

Diese Emissionen auf ein für Mensch und Natur ungefährliches Maß zu senken, ist das erklärte Ziel des Kyoto-Protokolls - eines multi-lateralen Vertrages mit rechtsverbindlichen

Reduzierungspflichten, die kontinuierlich verschärft werden müssen. Wer aber hat daran ein Interesse? Die Amerikaner nicht, wie mehrere ihrer Präsidenten beteuert haben; der 'American way of life' stehe nicht zur Disposition. Die Iberer wären auch erst noch umzustimmen. Und die Deutschen?

Während der Bundesumweltminister sich in der Einschätzung der Hochwasserschutzpolitik des Freistaates Bayern zuerst lobend, dann aber kritisch geäußert hat, ist im sogenannten Kompetenzteam der Kanzlerkandidatin klimapolitischer Sachverstand überhaupt nicht vertreten. Und der Kandidat für den Finanzministerposten ist ganz gewiss kein Anhänger der Öko-Steuer, die - angesichts aller drei erwähnten Beispiele von Wetterextremen - möglichst schnell weltweit eingeführt werden sollte. Von der Versicherungswirtschaft wird in solchen Fällen Schadenersatz zunehmend weniger zu erwarten sein oder nur noch, wenn eine zusätzliche Elementarschadensversicherung besteht. Und was unsere Wirtschaftselite angeht, so wurde deren klimapolitische Inkompetenz jüngst - und ausgerechnet nach Einsetzen der Alpenfluten - erneut bestätigt: Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) fordert die Abwendung vom Kyoto-Protokoll und stattdessen eine Allianz mit den USA, jenem Land, in dem eine Großstadtregion soeben zwangsevakuiert werden musste. Stürmische Zeiten scheinen bevorzustehen, wenn extreme Wetterlagen mit einseitigen Wirtschaftsinteressen und extremen Politikversagen einhergehen.